

Saale-Beitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

Anzeigen... Eridmet täglich... Sonntag und Feiertage... Redaktion und Druck... Halle a. S. Braubergstr. 17.

Nr. 539.

Halle a. S., Donnerstag, den 16. November.

1911.

Fürsorge für den Mittelstand.

Berlin, 15. Nov.

Die Fortschrittliche Volkspartei ist nach Kräften bestrebt, zugunsten des Mittelstandes praktische Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung durchzuführen. Am Dienstag hat die Partei in der Kommission des Reichstags den Antrag eingebracht, daß die Pensionsversicherung, die für die Privatangestellten geschaffen werden soll, in bestimmtem Umfang aus dem Handwerk ausgedehnt werden soll.

Eine weitere Maßnahme, die noch in der laufenden Tagung gesetzgeberisch erledigt werden könnte, ist die Reform des Submissionswesens. Wiederholt hat die Fortschrittliche Volkspartei eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens beantragt und den Weg bezeichnet, der zum Ziel führen kann.

Das Verfahren nach dem angemessenen Preis bringt eine Reihe von Vorteilen mit sich. Es bewahrt nicht nur den Staat vor der Gefahr, minderwertige Lieferungen zu erhalten, sondern es fördert unsere Volkswirtschaft in höchstem Maße. Anstelle der Konkurrenz um den billigsten Preis steht jetzt ein schärfendes Mißverhältnis zwischen den Bestrebungen des Staates, die dahin zielen, das Handwerk durch Schulen und Meisterkurse richtig rechen zu lehren, und dem Mindestpreisverfahren, in dem häufig, wenn nicht immer, der richtig rechnende Meister als zu teuer abgelehnt wird.

Erwägt man, daß dem Beispiel der Behörden in Staat und Gemeinde die Privaten folgen werden, so darf man hoffen, daß der angemessene Preis dem Handwerk den "Goldenen Boden" wiederbringt, in dem Sinne, daß das Handwerk seinen Mann bei ehrlicher Arbeit wieder ehrlieh ernährt und ihm wieder festen Boden unter die Füße gibt.

Deutscher Reichstag.

206. Sitzung. Mittwoch, den 15. November.

Am Tische des Bundesrats: v. Freitenbach, Peters. Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Zweite Lesung des Schiffsahrtsabgaben-Gesetzes.

Hg. Gerstenberger (Str.) erlattet den Bericht über die Kommissionsverhandlungen. Es ist eine außerordentlich schwierige Materie, in technischer und wirtschaftlicher Beziehung.

Hg. Zehner (Str.). Eine große Freude hatten wir ursprünglich an der Vorlage nicht. Wir werden unsere Zustimmung auch davon abhängig machen, wie die Vorlage gestaltet wird.

Hg. Zehner (Str.). Eine große Freude hatten wir ursprünglich an der Vorlage nicht. Wir werden unsere Zustimmung auch davon abhängig machen, wie die Vorlage gestaltet wird. Der Entwurf ist bereits in der Kommission so verbessert worden, daß er uns dadurch schon wesentlich annehmbarer geworden ist.

Zugleich sind bereits einige Anträge zu den späteren Paragraphen des Gesetzes eingegangen. U. a. verlangt ein von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der

Deutscherkonservativen unterstützter Antrag Bollermann die Wiederentführung der in erster Lesung der Kommission beschlossenen, in zweiter Lesung gestrichenen Resolutionen an die Kommission. Die Sozialdemokraten haben die Fortsetzung mit anderen Regulierungswünschen in einem besonderen Antrag gebracht.

Hg. Kretz (Kon.). Wir sind bereit, die Vorlagen in der Kommissionsfassung anzunehmen. Nur unsere sächlichen Mitglieber sind dagegen, weil sie fürchten, daß die Interessen ihrer sächlichen Seimat dadurch gefährdet werden. Wir werden alle Abänderungsanträge ablehnen, weil das Schiff dieser Vorlage schon genügend beachtet ist.

Hg. Dr. David (Soz.). Das Palladium der Schiffsahrtsfreiheit auf den deutschen Strömen soll also vernichtet werden. Die schöne Maske muß der Vorlage vom Gesicht gerissen werden. Man spricht von Verkehrsinteressen. Welches ist aber ihr eigentlicher Zweck? „Wißt du den Dichter recht vertrieben, muß du in Dichters Lande gehen!“ Die Vorlage kommt aus dem preussischen Landtag. Der Plan entstand in der Kanalampagne.

agrarischen Vertenerungspolitik.

Der agrarische Widerstand ist deutlich sichtbar. Die preussische Regierung behauptete zuerst, die Einführung von Schiffsahrtsabgaben seihe mit dem Artikel 14 der Verfassung nicht im Widerspruch. Sie wurde aber durch ein Gutachten des Reichsjustizrats, das von Sachsen und Württemberg durchgesetzt wurde, auf die Kriken gezwungen. Die preussische Regierung hat den Gutachten aber gehorcht. Als man keinen Vorstoß verlangte, wies man mit allen Zeichen äußerster Schrecken zurück. Man ging aber mit Jaderkraft und Peitsche gegen die Bundesregierungen vor. Man gewann Bayern mit der Mainkanalisation, Württemberg mit einem Zuschuß zur Redaktionskanalisation. Weniger Glück hatte Preußen bei Baden, Hessen, Sachsen. Der Minister v. Breitenbach drohte sogar, alle Verbesserungsarbeiten an den unteren Stromläufen einzustellen. Das war eine Drohung mit der Peitsche. Eine nette Bundespreussenschaft! Seiten hat eine Vorlage so heftige Kämpfe im Schoße des Bundesrats hervorgerufen. Man kämpfte verzweifelt gegen Preußen. Schließlich schloßte sich die badiische und sächsische Regierung in die Deffentlichkeit. Sie warnten vor dieser sogenannten nationalen Vorlage, die den föderativen Charakter des Reiches antaste, wirtschaftliche Interessen weiter Kreise störe und die Einheit unter den Bundesstaaten beeinträchtige.

Wir unterstützen die Regierungen gern (Heiterkeit), wenn sie einmal auf richtigem Wege sind. Die Vorlage hat eine große internationale Bedeutung für die Regelung der Bundeskanäle zueinander ist sie von weitestgehender Bedeutung. Die Industrie und das wirtschaftliche Leben in den oberliegenden Gebieten werden schwer geschädigt. Sie haben mit billigen Frachten gerechnet. Jetzt zieht man ihnen die Basis ihrer Kalkulation unter den Füßen weg. Das Zentrum schwante in der Schiffsahrtsabgabendege hin und her. In der nationalliberalen Partei flücht auf der Wiederprüfung. Die Herren geben ihren Einfluß ganz auf, indem die eine Hälfte mit Ja, die andere mit Nein stimmt. Auch in der Volkspartei ist mancher Paulus um Saulus geworden, oder umgekehrt, wie man es nehmen will. Ein solcher früherer Paulus ist Herr Hausmann. Er sagte einst über diese Abgaben: „Der Versuch ist hervorgegangen aus einem agrarischen Geiste, einer fiskalischen Unerschlichkeit. Es wird, wie der veraltete Pfälzerjörg, das Chausseegeld, die Verkehrsunterbindung.“ Oesterreich, Holland hin da gegen. „Ist dies lokal, wenn ein Staat internationale Verträge schließt und die anderen Staaten vor ein fait accompli setzt? Das ist dolos, das ist ein Verhalten der Diplomatie, das dem Ansehen und der Würde des Reiches schadet. Krieg werden wir ja deswegen nicht bekommen. Entweder, das Gesetz ist für die Räte, dann kümmert sich niemand drum — oder es gibt wieder Kompensationen. Sie können große Stromverbesserungen durchführen auch ohne dieses Gesetz. Denken Sie an die Unterwerk-torisation auf Reichsflüssen durch ein Spezialgesetz. Wer heute gegen die Abgaben ist, würde einen solchen Spezialforderung gern zustimmen. So könnte z. B. auch die Verriegelung des Finger Lochs erreicht werden. Preußen dürfe, die Verriegelungsbauten einzuführen. Preußen hat das Recht, das hat der Kanal! Aber dem Reiche, vor ganz Europa! Das Röhlenort in Mannheim, die Rheins- und Sechshausgesellschaft in Köln werden die Abgaben auf die Besizer abschicken. Die wirtschaftlich Schwachen müssen auch diesmal die Suppe ausessen! Die Kommententen werden die Fische bezahlen müssen. Das wollen ja auch die Väter des Gesetzes! Per breiten Masse soll das Brot verteuert werden. Die großen Talsen der Grechgarbeiter sollen noch prasser gefüllt werden. Sie veruchen dem Volke mit der junkerlichen Reitelpeitsche wieder einen Schlag ins Gesicht. Im Januar werden Sie die Antwort erhalten. Wir lehnen das Gesetz ab!

Von den ungenügend weiter eingelaufenen Anträgen fordert ein Antrag Dr. Dahlem (Str.) mit Unterstützung zahlreicher Mitglieder der anderen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, die Bahn-Kanalisation von Gießen bis zum Rhein. Ein Antrag der Reichspartei (Dr. Varenhoff) erucht in Form einer Resolution um weitestmögliche Rücksichtnahme auf die Interessen der Fischer bei Ausführung der im Gesetz vorgesehenen Stromarbeiten. Ein Antrag Hausmann (Hannover, nl.) will für den Werserverband den Beginn der Abgabenerhebung außer von den sonst vorgeschriebenen Bedingungen auch davon abhängig machen, daß die vorgesehene Erhöhung des Mittelwasserstandes mindestens zur Hälfte erreicht ist. Ein Antrag der Volkspartei will die Haftung der Vorpflicht ändern, wo-

nach die Herstellungs- und Unterhaltungskosten für Anstalten, die nicht nur zur Erzielung des Verkehrs, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke und Interessen bestimmt sind, nur zu einem verhältnismäßigen Anteil durch Schiffsahrtsabgaben aufgebracht werden. Der Antrag der Volkspartei sagt statt dessen: Die der Förderung anderer Zwecke sind. Die n. e.

Preussischer Minister v. Breitenbach: Trotz aller Agitation dagegen bleibt bestehen, daß die Vorlage wirtschaftliche Vorteile bringt. Trotz der starken Entlastung, die sie in der Kommission erfahren hat, ist die Opposition nicht befriedigt. Die Verhandlung in der Kommission, die ja ein großes Maß von Opfermut von Seiten aller Beteiligten erfordert haben, leuchten ja in ein

Einblick von Zweifeln und Mißtrauen hinein. Die Hoffnungen der Regierung, daß diejenigen, die mit Zweifeln in die Kommission gegangen sind, besetzt und aufgeklärt werden würden, daß sich erfüllt. Der Abg. David hat heute einen großen Teil der Argumente vorgebracht, die uns vor Jahr und Tag vor Augen geführt wurden. Einen breiten Raum in seinen Ausführungen nahm die Entschuldigungsgeichte des Gesetzes ein. Zu keiner Zeit war der Gedanke geschwunden, daß die bedeutenden Anwendungen des Staates für die Ströme durch Gebühren ausgeglichen werden müssen. Diesen Gedanken finden Sie in den Parlamentsberichten vor der Begründung des Reiches und nach der Begründung des Reiches immer wieder. Es war ein gutes Recht der Parteien und der Regierung, diese große, beachtenswerte Frage gelegentlich des großen preussischen Wasserwirtschaftsgesetzes, das rund vierhundert Millionen Mark erforderte, nachzuprüfen. Es ist eine einseitige Auffassung des Abg. David, daß nur agrarische Geleüste und fiskalische Interessen zu dieser naturgemäßen und gerechten Auffassung geführt haben. Der jetzige Zustand ist der: wenn Sie eine Wasserstraße kanalisieren, muß es eine natürliche Wasserstraße sein oder ein künstlicher Kanal. Sind Sie in der Lage, Abgaben zu erheben; wenn Sie aber einen natürlichen Wasserlauf regulieren und unter Umständen soll dieselben Kosten hineinstecken wie in einen kanalisiertem Flußlauf, dann ist man nicht in der Lage, Abgaben zu erheben. Danach ist es berechtigt, diese Frage zur Entscheidung zu bringen. Man will eben an die Stelle eines überlebten Wirtschaftssystems im Interesse der Fortentwicklung unserer Wasserwirtschaft

ein neues System

legen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß vielleicht zu der Zeit der Kanalisation im Ueberflusse der Empfindungen extreme Forderungen an die Einführung von Schiffsahrtsabgaben, die immer nur Gebühren sein sollen, also immer nur die Selbstkosten decken sollen, sich gemipft haben, und daß vielleicht mander geglaubt hat, es handle sich um eine Verstrkung des Schiffsahrts. Aber Graf Kanitz hat schon einmal ausgeprochen, daß die Möglichkeit, den Schiffsahrtsabgaben zu verzichten, nicht mehr besteht. Wie: will auch das leugnen, bei einer Belastung der Schiffsahrt von 97 Pf. pro Tonne von Rotterdam nach Mannheim? Es handelt sich um ein Minimum, und die Broterzeugung, die sich daran knüpfen soll, ist doch nichts weiter als ein Schlagwort. (Sehr richtig!) Denn vom vorigen Jahre bis jetzt sind auch die Frachten von Rotterdam bis Mannheim um nicht weniger als 3,05 Mt. gestiegen. Die preussische Regierung hat keine Drohung dabei ausgesprochen, daß sie bestehende internationale Verträge ohne dieses Gesetz nicht mehr halten wolle. Das ist eine tatsächliche falsche Behauptung des Abg. David. Ein solcher Vertrag besteht nur bezüglich der Elbe, und dieser Vertrag ist längst erfüllt. Bezüglich des Rheins bestehen keinerlei Verträge. Aber die preussische Regierung hat sich den

Ausbau des Rheins

seit Jahrzehnten in umfassendem Maße angelegen sein lassen. Die Vorlage hat nur den Zweck der Verbesserung der Schiffsahrtsstraßen, nur insoweit sollen Abgaben aufgebracht werden, als bestimmte Verbesserungen auf Grund bestimmter Projekte durchgeführt werden sollen. Die Abgaben sollen nur zur Deckung der Selbstkosten erhoben werden. Der Zweckerforderngepunkt im Gesetz fördert den wirtschaftlich Schwächeren im Reiche den Ausbau ihrer Stromstraßen, einen Ausbau der ohne fiskalisches Vorgehen vorausgesetzt überhaupt nicht möglich wäre. Der Zweckerforderngepunkt fördert gleichzeitig eine gleichmäßige Erhebung der Abgaben innerhalb eines Stromgebietes unter Beilegung der verschiedenen Bundesstaatsgrenzen. Das Gesetz fördert weiter die Mitwirkung der Interessenten auf dem Gebiete der Gemeinschaftsströme. Die Interessenten haben nicht nur eine beratende Mitwirkung, sie haben in sehr wichtigen Fragen eine entscheidende Stimme. Das Gesetz fördert auch dem Reichstag eine Mitwirkung bei der Festsetzung der Abgaben. Es wird für einen großen Teil Deutschlands nur wirtschaftliche Vorteile bringen, und weil das Gesetz nur wirtschaftliche Vorteile bietet, darum empfiehlt die Regierung seine Annahme in der Kommissionsfassung. (Beifall.)

Hg. Hausmann-Hannover (nl.): Ich und der größte Teil meiner politischen Freunde werden dem Gesetz, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist, zustimmen, falls es nicht noch be-festigt wird. Der Redner wendet sich gegen David. Meinungsverschiedenheiten bei Verkehrsabgaben sind auch zwischen Bundesstaaten etwas Selbstverständliches. Es handelt sich nicht um ein Zollgesetz, sondern um ein Verkehrsgesetz. Vor 18 Jahren habe ich schon im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag gestellt, die Weiser zu entfernen,

das wurde aber nicht nur von der Regierung, sondern auch von den Parlamenten abgelehnt. (Hört, hört!) Wir werden eben eine Verbesserung der Schiffsahrtswege nicht bekommen, wenn wir nicht zu den Kosten beitragen. Die ganze Sache ist ein Mechen-exempel. Die Interessenten der Weiser halten das Geschäft für vorteilhaft. Die Interessenten von Elbe und Rhein haben ein anderes Regenerneupiel aufgemacht, aber sie haben den Ausbau der Ströme doch bisher nicht erreichen können. In der Kommission ist das Gesetz erheblich verbessert worden.

Für den Ausbau der Mosel, der Saar und Saale ist freie Bahn gefallen. Freilich unter Anshluß an andere Bereiche. Für den Ausbau der Peitziger Anshlußstraße bis zur Elbe ist in einer

Welle gehalten, wo es die Interessenten wohl selbst nicht für möglich gehalten hätten. Meine Anträge sind nur Konsequenzen der gefassten Beschlüsse. Nehmen Sie die Vorlage an. (Beifall.)

Hg. Götshen (Rp.): Will man wirklich diesen sterbenden Reichstag noch mit einer so wichtigen Verfassungsänderung betrauen? Die konservative Partei konnte nicht einmal ihre lässlichen Mitglieder für die Vorlage gewinnen. Auch die Regierungen Sachsens und Badens sind dagegen. Sind das die moralischen Erhebungen Preussens? Der Redner gibt eine fundenlange Kältelektion von früheren Verfassungen von Württemberg, Baden, Bayern, Preussens usw. über die Schiffsverhältnisse und die Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung. Da werden die Begriffe tauglichkeitsfähig geändert: erst ist es ein Tausch und nachher ein Kaufvertrag! Mein moralisches Innere bäumt sich für das gegen auf, wie man mit der Reichsverfassung gespielt hat, welche Interpretationskünste die preussische Regierung angewendet hat, um sie null und nichtig zu machen. Ein Teil meiner Fraktion will die Vorlage nicht ablehnen, weil sie verlangt, daß dann die Entwidlung, die Verbesserung der Binnenverkehrsverhältnisse aufgegeben wird. Wir anderen teilen diese Befürchtung nicht. Wer gibt denn überhaupt die Garantie, daß die projektirten Kanalisierungen wirklich erfolgen? Man malt uns Rentoppbilder an die Wand, ohne jede gesetzliche Sicherheit. Man schafft Deutsche zweierlei Rechts. Die blauschwarze Mehrheit benutz noch einmal ihre Macht, es sie auseinanderzureißen. Am 12. Januar wird es anders werden. (Beifall links.)

Hg. Frhr. v. Gump (Rp.) polemisiert gegen Götshen. Die Reichsrat wird für die Vorlage eintreten. Aber sie lehnt, wenigstens ein sehr großer Teil, die Vorlage ab, wenn die Mofelkanalisation hinein kommt; denn diese würde eine völlige Verletzung der Produktions- und Absatzverhältnisse zwischen Rheinland und Westfalen und den Mofelgebieten zur Folge haben. Im übrigen würde die Mofelkanalisation nur den wirtschaftlichen Anliegern der Mofel Nutzen bringen. Nebenbei erhebt der Redner gegen die in der Kommission beschlossene Erweiterung des Kreises der Strombeiträge.

Hg. Hanisch (wirrh. Vg.) erklärt, daß er selbst gegen die Vorlage stimmen werde, daß aber die Mehrheit seiner Fraktion dafür ist.

Württembergischer Staatsminister Dr. v. Bismarck: Die Zustimmung Württembergs zu dem Entwurfe ist in der Tat durch Gewährung besonderer Vorteile möglich geworden. Nachdem die Streichung der Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung ausgefallen war, kamen für Württemberg ausschließlich wirtschaftliche und Verkehrsinteressen in Frage. Wir konnten der Vorlage nur zustimmen, wenn uns durch sie anderweitige ausdehnende wirtschaftliche Vorteile beschafft werden. In der großen Vertiefung der Wasserfrage des Rheins liegt für Württemberg ein solcher Ausgleich solange nicht, als wir genötigt sind, die dem Rhein herauf nach Württemberg kommenden Schiffe in Mannheim umzuladen. Was aber auch von unserer Landwirtschaft verlangt wird, ist eine Leistungsfähigkeit, in das Land hineinleitende Wasserkräfte, wie sie für uns nur durch die Redaratkanalisation verschafft werden kann. Wir haben daher den Wunsch, daß die Errichtung einer des ganze Stromgebietes des Rheins umfassenden gemeinschaftlichen Gemeinschaft abgelehnt. Das entspricht den speziellen württembergischen Interessen. Durch die Vorlage werden für die Süddeutsche die Verkehrsverhältnisse nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Es werden daher mit der Lösung „Kontinuität“ bei den bevorstehenden Wahlen nicht viele ernsthafte Hilfe gefangen werden können. (Beifall.) Ich erkenne dankbar das bundesfreundliche Entgegenkommen Württemberg gegenüber an. Ich bin überzeugt, daß durch die Annahme der Vorlage ein mächtiger Hebel für den Ausbau unserer Wasserstraßen namentlich in unserem süddeutschen Vaterlande geschaffen wird. (Beifall.)

Hg. v. Strombeck (Str.) beantragt die Streichung der parlamentarischen Frist zwischen Verkündung und Erhebung der Abgaben.

Ministerialdirektor Dr. Peters wendet sich gegen Götshen, vertritt das amtliche Material und bittet, den alten Streit zu begraben und in die Zukunft zu bannen. Der Redner spricht dann über die Reichsverfassung vom 1. März. Schluß 6¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Die Entscheidung in der Budgetkommission.

Das Entgegenkommen des Bundesrats in der Frage der Zustimmung des Reichstags zu zukünftigen Veränderungen der Schutzgebietsgrenzen hat in der Budgetkommission des Reichstags die Gefahr eines Verfassungskonflikts glücklich aus der Welt geschafft. In der am Mittwoch stattgefundenen Abmahnung wurde der von der Regierung gutgeheißene Kompromissantrag des Zentrums und der fortschrittlichen Volkspartei einstimmig angenommen. Danach wird dem § 1 des Schutzgebietsgesetzes folgende Bestimmung hinzugefügt:

„Zum Erwerb und zur Abtretung eines Schutzgebiets oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsgesetzes. Diese Vorschrift findet auf Grenzberichtigungen keine Anwendung.“

Die Anträge der Linken und der Sozialdemokraten dagegen, die diesem Beschlusse rückwirkende Kraft auf die gegenwärtigen Abkommen geben wollen, wurden durch eine Mehrheit der gesamten Reichstags und des Zentrums gegen die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Linke mit sechs gegen zehn Stimmen abgelehnt. — Damit ist der verfassungsrechtliche Teil der Kommissionsberatung erledigt. Am Donnerstag wird die Regierung detaillierte Auskünfte über die Abkommen selbst geben, die in der Hauptsache vertraulicher Natur sein dürften.

Die Rekruten-Vereidigung in Berlin.

Bei der Vereidigung der in den ersten Oktobertagen neu eingetretenen Mannschaften der Garnisonen Berlin, Charlottenburg, Spandau und Groß-Lichterfelde, die am Mittwoch stattfand, ritt der Kaiser zum Mar, um von hier aus eine Rede an seine jungen Krieger zu halten. Der Kaiser ermahnte die Rekruten Gottesfurcht und Selbstguth zu üben, ein guter Christ müsse auch ein guter Soldat sein. Er erinnerte Johann an die in wenigen Monaten bevorstehende Feier des Geburtsstages Friedrichs des Großen, der gegen eine Welt in Waffen zu kämpfen hatte; sie möchten sich stets daran erinnern, daß

er unter seinen Augen ihrer Dienstpflicht zu genügen hätten, und sie sollten ihrer Truppeneliche Ehre machen. Mit den Worten „Nun geht hin und tuet euren Dienst“ schloß der Kaiser seine Ansprache, die in einem Hierauf von General v. Roewdenfeld ausgetragenen dreifachen Surra auf den Kaiser begeisterten Wiederhall fand.

Mit einem Vorbeimarsch der Fahnenkompagnie endete die Feier, nach der sich der Kaiser ins Schloß zurückzog, um dort die Kommandeure zu einer kurzen Besprechung um sich zu versammeln und Meldungen entgegenzunehmen.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Arbeitsplan des Reichstags für den Schluß der Session wird voraussichtlich am Donnerstag im Seniorenfondent selbgeleitet werden. Die Beschlüsse des Seniorenfondents werden im wesentlichen davon abhängen, ob der Bericht über die Kommissionsberatungen des Angestelltenversicherungsgesetzes noch bis zum Sonnabend vollständig fertig gestellt werden kann oder nicht. After Voraussicht nach wird dies möglich sein, da die Kommission wohl an diesem Donnerstag ihre Arbeiten abschließen wird. Dann bleibt es bei den bisherigen Dispositionen, nämlich Montag, Dienstag und Mittwoch (Buhtag) frei bleiben und die zweite Lesung des Angestelltenversicherungsgesetzes am Donnerstag beginnen soll.

Gelingt die Fertigstellung des Berichtes aber nicht, dann soll die ganze nächste Woche sittingsfrei bleiben und die zweite Lesung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes erst am Montag, den 27. November, beginnen. Aber auch in diesem Falle nimmt man an, daß die Arbeiten des Reichstages am 1. oder 2. Dezember abgeschlossen werden können, während sie im ersten Fall wohl schon am 29. oder 30. November fertig wären.

Der Bandungsvertrag der Boermann-Annie gekündigt!

Schäfers Nachrichten zufolge hat das Kolonialamt mit dem ihm nach § 5 W. Z. zugehenden Rechte der Kündigung des Bandungsvertrages vom 10. Mai 1911 gegenüber der Boermann-Annie Gebrauch gemacht. Der Vertrag läuft damit am 30. Sept. 1912 ab. Ob die Annie besteht, den Bandungsbetrieb anderen Händen zu übertragen, oder bei einer öffentlichen Ausschreibung günstigere Bedingungen für Fiskus und Güterempfangler zu erlangen, ist in der telegraphischen Meldung nicht mitgeteilt. Soweit man in Soetopolis unterrichtet ist, wird auch mit der bisherigen Unternehmerin wegen eines neuen Vertrages, der auf längere Zeit, wenigstens auf drei Jahre, abgeschlossen werden soll, verhandelt. Die Kündigung soll laut „S. W.“ im Einverständnis mit der Annie erfolgt sein, oder daran liegt, den Vertrag aufzugeben oder aber einen solchen von längerer Dauer abzuschließen.

Wie verlautet, stehen aber auch andere Unternehmer mit dem Kolonialamt wegen des Bandungsvertrages in Unterhandlung; näheres ist nicht bekannt.

Es wäre recht wünschenswert, daß die Verhandlungen diesmal möglichst zu einer Erhaltung der Kündigung des Bandungsvertrages führen sollten. Zwei Kriegsschiffe sollen bereits den Weg erhalten haben, Vorbestellungen zu treffen, um sobald als möglich die Ausreise mit den Truppen antreten zu können.

Aus Schanghai meldet der „New York Herald“, daß die britischen Autoritäten den Anspruch der Revolutionäre anerkennen, daß das Gelände der Schanghai- und Nanjing-Bahn als unter ihrer Jurisdiktion stehend betrachtet wird. Sie anerkennen zugleich die Forderung der Revolutionäre, daß aus Menschheitsgründen sofort ihre Truppen nach Nanjing abgezogen müßten, und so haben sie die Neutralisierung der Eisenbahn auf und erlaubten den Rebellentruppen, an der nächsten Station hinter Schanghai gegen Erlegung des gewöhnlichen Reisegeldes die Bahnhöfe zu benutzen. Die Erlaubnis ist für die Rebellentruppen von ganz besonders großer Wichtigkeit bei ihrem Betreiben, längs des Yangtse den Frieden wiederherzustellen und der wilden Elemente in Nanjing Herr zu werden.

Chinas Ende?

Amerika interveniert.

□ London, 15. Nov. Wie diese Blätter zu berichten wissen, hat die amerikanische Regierung beschlossen, in die chinesischen Wirren einzugreifen und Truppen nach Tientsin und Peking zu entsenden. Das Expeditionskorps soll 5000 Mann stark sein. Zwei Kriegsschiffe sollen bereits den Weg erhalten haben, Vorbestellungen zu treffen, um sobald als möglich die Ausreise mit den Truppen antreten zu können.

Aus Schanghai meldet der „New York Herald“, daß die britischen Autoritäten den Anspruch der Revolutionäre anerkennen, daß das Gelände der Schanghai- und Nanjing-Bahn als unter ihrer Jurisdiktion stehend betrachtet wird. Sie anerkennen zugleich die Forderung der Revolutionäre, daß aus Menschheitsgründen sofort ihre Truppen nach Nanjing abgezogen müßten, und so haben sie die Neutralisierung der Eisenbahn auf und erlaubten den Rebellentruppen, an der nächsten Station hinter Schanghai gegen Erlegung des gewöhnlichen Reisegeldes die Bahnhöfe zu benutzen. Die Erlaubnis ist für die Rebellentruppen von ganz besonders großer Wichtigkeit bei ihrem Betreiben, längs des Yangtse den Frieden wiederherzustellen und der wilden Elemente in Nanjing Herr zu werden.

London, 15. Nov. Aus Hankau meldet die „Daily Mail“, Zeitweise wird immer noch von beiden Seiten heftig mit Artillerie gekämpft. Die Kaiserlichen erleben die größten Verluste, während die Revolutionäre nachwärts drängen. Die letzteren erheben die Fülle der Provinz Hunan.

London, 15. Nov. Aus Schanghai meldet der „Daily Telegraph“, daß in Tientsin Ruhe gehandelt wird. Der Schaden wird bereits auf 10 Millionen Dollar geschätzt. Die Soldaten meuterten und die Banken wurden ausgeraubt.

Ausland.

Friedensschalmei und Kriegsanfange.

Die Botschaft, die von römischer Seite aus aller Welt baldige Aussicht auf Frieden verkündet, klingt an sich recht unwahrscheinlich. Ihr steht ja die erst vor kürzester Zeit erlassene Erklärung der Morie gegenüber, daß die Türken eine Annexion Tripolis nicht zugeben werden. Fast scheint es, als läßt man die Friedensschalmei nur ertönen, um Dissonanzen, die sich in weiten Schichten Italiens bemerkbar machen, zu überhören. Denn wie der „S. J.“ gemeldet wird, hat die öffentliche Meinung in Italien gegenwärtig eine harte Probe zu bestehen. Nach und nach dringt in immer weitere Kreise die Erkenntnis ein, mit wie großen Schwierigkeiten der Zug nach Tripolis verbunden ist und wie große Opfer er noch erfordern wird. Diese Erkenntnis ist ein niedergedrückende Wirkung aus. Die Zeitungen haben von der Regierung einen Hint erhalten, aufzuföhren, fortwährend Siegesbotschaften zu verkünden, und schon macht sich die Kritik geltend, die der Regierung vorwirft, daß sie es unterlassen habe, sich über die wichtigsten Voraussetzungen

zu unterrichten, so daß die Regierung jetzt in einer Situation geraten sei, die ihr erste Schwerezeit bereite.

Wo ist die italienische Flotte?

Ueber die italienische Flotte liegen in Konstantinopel keine amtlichen oder sonstwie vertrauenswürdigen Meldungen vor. Nach übereinstimmenden Gerüchten heißt es, daß die Flotte vor den Ardanelen in der Nähe von Samsun und Lemnos verortet sei.

Konstantinopel, 15. Nov. „Dama“ erzählt, eine italienische Flotte von achtzehn Schiffen sei an den Ardanelen angekommen und habe vor Samsun und Lemnos Verortung genommen. (Eine amtliche Bestätigung der Meldung fehlt noch. Die Red.)

Die Indienreise des englischen Königspaars.

Zur Begrüßung des Königs und der Königin von England auf ihrer Reise nach Indien ist eine besondere türkische Kommission nach Kappatzen abgegangen, an der auch der Sohn des Sultans Fehdudin teilgenommen. Man mißt dem große politische Bedeutung bei. Die Flotte will damit ihrer Souveränität über Kappatzen Ausdruck verleihen. — Die „Medina“ mit dem englischen Königspaar an Bord, ist in Gibraltar angekommen.

Neue Geschiffe.

Newport, 15. Nov. Das amerikanische Marinedepart hat mit großem Erfolg neue Geschiffe produziert, denen kein Vergleich im Weltmarkt entgegen kann. Diese Geschiffe können im Mittel von 45 Grad eine Bombe in die Luft schießen, die in Höhe von 6000 Metern zur Explosion gelangt und in diesen hohen Luftschichten eine fürchterliche Zerstörung verursacht, ähnlich wie ein Vulkan.

Kasse und Umgebung.

Salle a. S., 16. November.

Kostenmarken.

Die Justizverwaltung, die an ihrem Teile um Befehlsmäßigkeit und Vereinigung des gerichtlichen Verfahrens besorgt ist, hat auf dem Kostenwesen umgekehrt ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Die Kassen sind dem Giroverkehr der Reichsbank an den Orten, an denen sich eine Reichsbankhaupt- oder Nebenstelle befindet, angeschlossen, sie nehmen Schecks als Zahlungsmittel an und sind auf dem Wege, sich nach dem Post-Überweisungs- und Scheckverkehr anzuschließen. In den Oberlandesgerichtsbezirken Köln und Düsseldorf sind die Durchsichtbarkeit des Postverkehrs erprobt. Seit Jahresfrist hat die Justizverwaltung als Zahlungsmittel Marken, sogenannte Kostenmarken, eingeführt. Sie erfüllen ihren Zweck, dem Publikum die Zahlung bequem und billig zu machen und die Kassenverwaltung zu vereinfachen, auf besser Weise. Sie werden, wie die Briemarten bei Briefen, auf die für das Gericht bestimmten, Kosten zurückzubehaltenen Anträge angelegt oder ihnen lose beigelegt. Damit sind die Kassen bezahlt. Es ist erlaubt, die Marken mit dem Namen oder der Firma zu versehen. Die Entwertung besorgt jetzt das Gericht selbst. Besonders empfehlenswert ist die Verwendung von Kostenmarken für Anträge auf Erlaß eines Zahlungs- oder Vollstreckungsbeschlusses, zu Anträgen auf Kostenfestsetzung und zu Klagen. Const erhielt man keine Kostenrechnung über jeden geringfügigen Betrag und mußte zum Gericht selbst gehen und zahlen oder den Betrag mit der Post einsenden oder man sah bei sich den niemals vollkommenen Gerichtsvollzieher, der die Kassen einholte. War die Einzahlung überhoben, so erschien der Gerichtsvollzieher womöglich zur zwangsweisen Beitreibung. Aber viel mit dem Gericht zu tun hat, weiß, wie lästig und schließlich kostspielig die frühere Art der Zahlung war und wieviel bequemer und billiger sie durch Verwendung von Kostenmarken ist.

Die Wäse, sich die Kassen selbst zu beschaffen, ist klein und doch auch nützlich, weil man auf diese Weise selbst die Höhe der Kosten kontrolliert. Kommt wirklich einmal ein Irrtum vor, so fortigert ihn das Gericht und sendet den zuviel gezahlten Betrag zurück oder fordert den zu wenig entrichteten noch ab. Aber das bleibt nur eine Ausnahme.

Wer sich eines Rechtsanwalts bedient, ermächtigt ihn zur Verwendung von Kostenmarken für seine Rechnung. Die Rechtsanwalts, die vermöge ihrer Stellung zum Gericht berufen sind, mit zu der von der Verwaltung gebotenen Befehlsmäßigkeit und Vereinfachung beizutragen, tun es selbst oder überlassen die Sorge ihrem Bureau. Der neue, in dem Justizministerialbeschl. 6. 1000 veröffentlichte Erlaß des Justizministers vom 30. Oktober 1911 gestattet den Betrieb von Kostenmarken durch die Bureauverwalter bei Rechtsanwalts gegen eine Vergütung von 1/10 vom Hundert. Gegen diese Vergütung wird der Betrieb auch an Kaufleute und sonstige Gewerbetreibende übertragen.

Die Kostenmarken sind bei den Gerichtskassen oder den bestellten Verkaufsstellen zu haben. Ihre Verwendbarkeit und die Höhe der im einzelnen Falle zu verwendenden Marken ist dort zu erfahren. Ueber die Verwendung wird auf Verlangen Quittung erteilt.

Diese neue Art der Kostenentrichtung wird ohne Zweifel ebenso zur Gewohnheit werden, wie die Post- oder Stempelmarkenverwendung, und sie verdient die Beachtung aller.

Andere nationale Bildung.

In diesem dritten seiner Vorträge über deutsche Sprache und Nationalität beantwortete Herr Professor Dr. Otto Bremer die Frage, ob wir national zu nennende Bildungswerte besitzen, und wenn ja, ob diese Werte auch dann für die Gegenwart Geltung beanspruchen dürfen, wenn wir über alle nationale Einschränkung hinweg allein höchster menschlicher Bildung zutreiben wollen und sollen.

Die Gedankenwelt und Lebensanschauung zweier Jahrtausender glaubte der Redner als von nationalem Gehalte empfänglich zu können; das germanische Altertum und den Klassizismus unserer Literatur. Redner verweilte besonders bei letzterem.

Die germanische Welt war bis zum Ende der Völkerwanderung in erster Linie kriegerischen Charakters gewesen, sie forschte nach dem Zankhieb, Mut und persönlichen Treue. Ungleich wichtiger aber für uns ist die Auffassung des Verhältnisses des Menschen zu der nicht persönlichen

Vermischtes.

Tropenoller bei zwei Brüdern.

In Frankfurt a. M. waren am Sonntag aus der Schweiz die Brüder Karl und Wilhelm v. B. in ihre ehemalige Offiziers- und adeliche Söhne des verstorbenen Kommandanten Generals v. B. Berlin, eingetroffen und hatten in einem Hotel am Hauptbahnhof Wohnung genommen. Die beiden Herren hatten von Zürich aus die deutsche Kriminalpolizei um Schutz gebeten, weil sie angeblich von zwei Engländern verfolgt würden. Daraufhin war ihnen ein Polizeikommissar mit Milizpau entgegengeschickt worden, der sie nach ihrem Koffer, nach Berlin, begleiten sollte. Heute früh fiel es dem Polizeikommissar auf, daß seine beiden Schutzbefohlenen sich nicht lieben, und als er sie in ihren Zimmern aufsuchen wollte, riefen sie ihn durch die geschlossene Tür zu, sie müßten den Stiel nicht verlassen, da es von Engländern umgeben sei. Sie waren mit Strohmatrasen ausgerüstet und drohten, sofort zu schießen, falls die Tür, die sie feil verbarrikadiert hatten, geöffnet werden sollte. Mit Hilfe der Polizei gelang es, die beiden angelegentlich gefesselten Brüder, die anscheinend an Tropenoller erkrankt waren, festzunehmen. Auf dem Transport von der Polizei zur Irrenanstalt sprang, laut „A. T.“, der eine der Irrenkranken aus dem in voller Fahrt befindlichen Automobil, wurde aber von dem sie begleitenden Kommissar wieder erreicht. Als er festgenommen wurde, rief er aus: „Schlagt den Kommissar tot! Es lebe die Republik und die Anarchie!“ Die beiden Kranken wurden in der Frankfurter Irrenanstalt untergebracht.

Ein Straßengänger als Gewinner des Haupttreffers. Der erste Hauptgewinn der kürzlich geschlossenen Schwednerin Ausstellungslosterie im Werte von 40000 Mark ist dem Zimmermann K. A. in Schweden in der Stadt gefallen. Der glückliche Gewinner dürfte jedoch nicht zur Ausziehung der 40000 Mark kommen, da er gegenwärtig eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hat.

Letzte Nachrichten.

Keine spanischen Gebietsabtretungen an Deutschland.

Madrid, 15. Nov. Bei dem getriggen Pressefemmer demerite Canalejas mit großem Nachdruck die Gerichte über eine Abtretung von Spanisch-Guinea und Fernando-Po. Man sei auf keiner Seite an die Regierung mit solchen Anträgen herantreten.

Budgetforgen in Bayern.

HTB. München, 15. Nov. (Privattelegramm.) Die Eile, mit der die Vorbereitung für die Landtagswahl betrieben wird, ist mit bedingt durch Budgetforgen. Der Etat muß unter allen Umständen bis zum April n. Js. befestigt sein. Selbst wenn der neue Landtag sehr früh zusammentritt, muß er seine Arbeiten befehlen; denn es darf nicht wieder geschehen, wie beim letzten Landtag, daß die Erledigung des Etats zu weit hinausgeschoben wird.

Der Tripolisstreik.

H. Konstantinopel, 15. Nov. Die Meldung hiesiger Blätter über eine bereits erfolgte Intervention der Großmächte wegen der italienischen Blokade der Dardanellen eilt den Ereignissen voraus. Bei dem getriggen Besuch der Blockader auf der Flotte wurde die Möglichkeit dieser Maßnahme erörtert. Aber die Herren verhielten sich sehr reserviert. Man nimmt auf der Flotte mit Bestimmtheit an, daß die Intervention unvermeidlich ist; denn die Schädigung der Großmächte sei durch eine Blokade zu groß. Inzwischen habe aber die Intervention keinen präventiven Charakter.

Mailand, 15. Nov. Da die Regierung im gegenwärtigen Augenblick keine inner- oder außerpolitische Debatte wünscht, wird offiziell angekündigt, daß die Kammer erst nach dem Abschluß des Friedens wieder einzuberufen werden wird, so daß sie in diesem Jahre voraussichtlich nicht mehr zusammentreten wird.

Die China-Anruhen.

Peking, 15. Nov. „Newsp. Herald“ meldet, daß Juantichai gestern morgen durch den Regen und die Kaiserin-Witwe, welche während der ganzen Zeit weinte, in Audienz empfangen worden ist. Sie bat ihn, das Land zu retten und den Hofen eines Premierministers anzunehmen. Juantichai erklärte jedoch, er könne nicht ohne seine Zulage gehen, bevor er nicht die Nationalversammlung befragt habe, da die Herrschaft nicht in den Händen des Thrones, sondern in den Händen des Volkes liege. Juantichai ignorierte vollständig die Anwesenheit des Regenten. Er verpackt, alles zu tun, um die Dynastie zu retten. Man glaubt, daß er nicht einem Mandschu, sondern einem Chinesen die Regentschaft übertragen wird.

Vermischte Drahtnachrichten.

München, 15. Nov. Der Schlossermeister Bessinger verzehte durch einen Revolvererschuß eine 19jährige Gattin wirtschlicher; er brachte sich dann selbst lebensgefährliche Verwundungen bei. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

Rattow, 15. Nov. Aus Eifersucht gab der Arbeiter Reichel auf seine Frau, ein Fräulein W. durch, auf offener Straße 6 Revolvererschüsse ab. Das Mädel war sofort tot. Der Täter wurde verhaftet.

Paris, 15. Nov. Der Marineminister hat an die Toulonener Seebefehle die Anfrage gerichtet, ob es möglich sei, das Waf der „Liberte“ stot zu machen, um es an einem

geeigneten Punkt außerhalb der Kede als Zielfeldscheibe für Torpedos und Unterseeminen zu benutzen.

L. London, 15. Nov. Sir William Manning, der Gouverneur des britischen Protektorats von Nyassaland, meldet, daß der Bischof und Missionär Douglas mit drei Damen bei Kanjo landete und dort von einem portugiesischen Beamten, mit dem er in Streit geriet, totgeschossen wurde. Die Damen kehrten nach Liloma zurück. Eine Untersuchung des seltsamen Vorfalles ist im Gange.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des östlichen Weltteils.

Dienststelle Zimena u. Mittwoch, 15. Nov., 8 Uhr morg.

Einströmungsverteilung und Wetterlage in Europa.

Das gelten normalerweise von England befindliche Tief ist schnell nach Nordspanien gezogen. Ein neues Tief hat bei härterem Fall des Barometers von Südwesten und

wird seinen Einfluß bis Mittelmeer ausdehnen, um Zunahme der Bewölkung zu erwarten ist.

Witterungsbasis für den 16. November:

Etwas härterer Wind, Bewölkungszunahme, später Regen, mild.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

(Nachdruck verboten.)

16. November: Teils heiter, teils trübe, leichtlich.

17. November: Bewölkt, mildes Wetter, leichtliche Winde.

18. November: Heutige, Niederdrückende, fast harte Winde.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Anzeigen und Beste Nachrichten: Karl H. Müller; Feuilleton, Vermischtes, etc.: Martin Reusch; für den Anstalten: Alfred Barth; Druck und Verlag von Otto Henkel, Schmidt in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten —

einzelständig Unterabteilungen.

[0000] 854 368 807 616 [0000] 700 807 9070 80 452 587 804 900

[0000] 9394 12 82 88

[0000] 96 104 50 920 [0000] 387 90 11 776 94 925 10142 261

[0000] 334 453 95 651 95 620 700 [0000] 11 920 416 714 97 888 920 99

[0000] 908 718 910 103024 79 589 42 800 711 878 90 81 924 201

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

[0000] 1 18028 27 184 223 30 488 528 908 81 818 916 50 111074

[0000] 1000 335 375 484 887 781 90 811 38 [0000] 62 12118 117 274

[0000] 447 592 34 78 744 518 974 13070 416 714 97 888 920 99

[0000] 114038 72 324 710 287 701 118285 88 [0000] 355 414 518 45

[0000] 91 91 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 118028 25 181018 23 [0000] 96 205 420 400 585 708 994

[0000] 219005 287 90 916 916

[0000] 129007 103 586 81 377 [0000] 418 50 88 73 976 121019 178

[0000] 351 511 1000 8000 976 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000

[0000] 121017 1000 976 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000

[0000] 900 714 910 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

[0000] 1 18028 27 184 223 30 488 528 908 81 818 916 50 111074

[0000] 1000 335 375 484 887 781 90 811 38 [0000] 62 12118 117 274

[0000] 447 592 34 78 744 518 974 13070 416 714 97 888 920 99

[0000] 114038 72 324 710 287 701 118285 88 [0000] 355 414 518 45

[0000] 91 91 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

[0000] 1 18028 27 184 223 30 488 528 908 81 818 916 50 111074

[0000] 1000 335 375 484 887 781 90 811 38 [0000] 62 12118 117 274

[0000] 447 592 34 78 744 518 974 13070 416 714 97 888 920 99

[0000] 114038 72 324 710 287 701 118285 88 [0000] 355 414 518 45

[0000] 91 91 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

[0000] 1 18028 27 184 223 30 488 528 908 81 818 916 50 111074

[0000] 1000 335 375 484 887 781 90 811 38 [0000] 62 12118 117 274

[0000] 447 592 34 78 744 518 974 13070 416 714 97 888 920 99

[0000] 114038 72 324 710 287 701 118285 88 [0000] 355 414 518 45

[0000] 91 91 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

[0000] 1 18028 27 184 223 30 488 528 908 81 818 916 50 111074

[0000] 1000 335 375 484 887 781 90 811 38 [0000] 62 12118 117 274

[0000] 447 592 34 78 744 518 974 13070 416 714 97 888 920 99

[0000] 114038 72 324 710 287 701 118285 88 [0000] 355 414 518 45

[0000] 91 91 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

[0000] 1 18028 27 184 223 30 488 528 908 81 818 916 50 111074

[0000] 1000 335 375 484 887 781 90 811 38 [0000] 62 12118 117 274

[0000] 447 592 34 78 744 518 974 13070 416 714 97 888 920 99

[0000] 114038 72 324 710 287 701 118285 88 [0000] 355 414 518 45

[0000] 91 91 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

[0000] 1 18028 27 184 223 30 488 528 908 81 818 916 50 111074

[0000] 1000 335 375 484 887 781 90 811 38 [0000] 62 12118 117 274

[0000] 447 592 34 78 744 518 974 13070 416 714 97 888 920 99

[0000] 114038 72 324 710 287 701 118285 88 [0000] 355 414 518 45

[0000] 91 91 118006 14 311 113 303 414 598 888 448 [0000] 117420 511

[0000] 102 11 54 524 716 149 18014 184 236 700 888 102424 76 30

[0000] 602 922 980 181027 42 24 98 900 401 24 901 1871 204

[0000] 902 108008 116 10000 297 737 45 888 180908 200 358 950 507

[0000] 1000 522 990

